

Kurzbericht

Ausschuss für Inneres und Sport

(58. - öffentliche - Sitzung am 10. Oktober 2024)

Tagesordnung:

1. **Unterrichtung durch die Landesregierung zur aktuellen Situation bei der Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen aus der Ukraine und Asylbewerbern**

Der Ausschuss nimmt die Unterrichtung entgegen und führt darüber eine Aussprache.

2. a) **Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 2025 (Haushaltsgesetz 2025 - HG 2025 -)**
Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 19/4900](#) neu

- b) **Mittelfristige Planung des Landes Niedersachsen 2024 bis 2028**
Unterrichtung durch die Landesregierung - [Drs. 19/5206](#)

Der - mitberatende - Ausschuss behandelt den **Einzelplan 03** - Ministerium für Inneres und Sport - und den **Einzelplan 20** - Hochbauten - unter Einbeziehung der Mipla 2024 bis 2028. Er nimmt die Einbringung durch Ministerin Behrens entgegen und führt die allgemeine Aussprache durch.

3. a) **Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 2025 (Haushaltsgesetz 2025 - HG 2025 -)**
Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 19/4900](#) neu

- b) **Mittelfristige Planung des Landes Niedersachsen 2024 bis 2028**
Unterrichtung durch die Landesregierung - [Drs. 19/5206](#)

Der - mitberatende - Ausschuss behandelt den **Einzelplan 17** - Landesbeauftragter für den Datenschutz - unter Einbeziehung der Mipla 2024 bis 2028. Er nimmt die Einbringung durch den Vertreter des Landesbeauftragten für den Datenschutz entgegen und führt die allgemeine Aussprache durch.

4. **Umfassende Maßnahmen zur Digitalisierung der Verwaltung weiter konsequent vorantreiben - IT-Strukturen konsolidieren und Cybersicherheit stärken!**
Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 19/4266](#)

Der Ausschuss nimmt die Unterrichtung entgegen und führt darüber eine Aussprache.

5. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Gesetzes über den Finanzausgleich und anderer Gesetze**

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 19/5322](#)

Der Ausschuss beginnt mit der Beratung und bespricht Verfahrensfragen. Er beschließt einstimmig, die Landesregierung um eine schriftliche Unterrichtung zu bitten sowie parallel dazu eine schriftliche Anhörung zu dem Gesetzentwurf durchzuführen. Diese soll mit einer verkürzten Frist von vier Wochen durchgeführt werden, da der Ausschuss vorsieht, mit dem Gesetzentwurf das Dezember-Plenum zu erreichen.

6. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes, der Kommunalhaushalts- und -kassenverordnung, des Niedersächsischen Kommunalwahlgesetzes sowie der Niedersächsischen Kommunalwahlordnung, des Niedersächsischen Beamtenversorgungsgesetzes und des Niedersächsischen Verwaltungsvollstreckungsgesetzes**

Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 19/5303](#)

Der Ausschuss beginnt mit der Beratung und bespricht Verfahrensfragen. Im Zuge dessen nimmt er eine Stellungnahme durch einen Mitarbeiter des MI entgegen. Der Ausschuss beschließt einstimmig, eine schriftliche Anhörung zu dem Gesetzentwurf mit einer verkürzten Frist von vier Wochen durchzuführen und sieht vor, den Gesetzentwurf möglichst zügig abschließend zu beraten.

7. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Polizei- und Ordnungsbehördengesetzes (Gesetz zur Einführung künstlicher Intelligenz bei der Videoüberwachung und Fahndung)**

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - [Drs. 19/5312](#)

Der Ausschuss beginnt mit der Beratung und bespricht Verfahrensfragen. Ein Vertreter der CDU-Fraktion stellt Eckpunkte des Gesetzentwurfs vor. Der Ausschuss beschließt einstimmig, die Landesregierung um eine schriftliche Unterrichtung zu bitten.

8. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Polizei- und Ordnungsbehördengesetzes (Gesetz zur Erhebung von Gebühren bei Anwendung von unmittelbarem Zwang)**

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - [Drs. 19/3369](#)

Der Ausschuss setzt die Beratung fort. Auf Antrag der SPD-Fraktion beschließt er einstimmig, die Beratung auf eine der nächsten Sitzungen zu vertagen, damit die Fraktionen Zeit erhalten, um über den Änderungsvorschlag der CDU-Fraktion (Vorlage 9) intern zu diskutieren.

9. **Terminangelegenheiten**

Der Ausschuss bespricht Terminfragen. Er beschließt einstimmig, seine für den 21. November 2024 geplante Sitzung hybrid durchzuführen.